

Verantwortung in Freiheit – Thesen für die Grundsatzwerkstätten der FDP

I. Eine Freiheitsordnung für Deutschland und Europa

These 1:

Die Welt ist im Wandel. Märkte und Staaten geraten in Krisen. Die Macht nationaler Politik erodiert. Unsere Gesellschaft wird älter und bunter. Natürliche Lebensgrundlagen werden knapp. Der technologische Fortschritt verändert unseren Alltag. Die alten Ordnungen geben auf viele Fragen keine befriedigende Antwort mehr. Viele Fragen wachsen aus dem Rahmen der nationalen Politik heraus. Wir Liberale wollen den Wandel gestalten, weil wir die Chance auf eine bessere Zukunft sehen – angesichts der entfesselten Dynamik aber auch Gefahren für die Freiheit des Einzelnen. So wie die Soziale Marktwirtschaft in Reaktion auf die große Depression der Weltwirtschaftskrise entworfen wurde, so brauchen wir auch heute eine **neue Ordnung für das Miteinander freier Menschen**.

These 2:

Die Freiheit, die wir meinen, umfasst zwei ethische Prinzipien: **Fairness und Verantwortung**. Die Voraussetzung der Freiheit ist die Fairness der gemeinsamen Regeln und der individuellen Chancen. Der Rechtsstaat ist für uns ihr Fundament. Er ersetzt das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts. Die unveräußerlichen Bürgerrechte eines jeden Einzelnen bestimmen die Voraussetzungen und setzen die Grenzen für das freie Spiel der Kräfte in Politik, Markt und Gesellschaft. Der Kompass für den Gebrauch der Freiheit ist die Verantwortung für sich selbst sowie für die Mitwelt, Umwelt und Nachwelt.

These 3:

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Wertordnung, die sozialen Aufstieg und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht. Sie ist aber einerseits von innen bedroht, wenn die Tugenden des ehrlichen Kaufmanns zu gering geschätzt, die Folgen privaten Risikos vom Staat übernommen, die Komplexität unüberschaubar und einzelne Akteure zu machtvoll werden. Deshalb müssen die Regeln der Wirtschaft erneuert werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist andererseits von außen durch eine linke Politikerwirtschaft bedroht, die im Windschatten akuter Krisen an lange gehegte Vorbehalte gegen die Marktwirtschaft appelliert, um Politikern mehr Macht über private Entscheidungen zu sichern. Liberale wollen deshalb eine wehrhafte Marktwirtschaft schaffen, die sich gegen innere und äußere Gefährdungen verteidigt: Wir wollen eine **Wirtschaftsordnung**

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

der verantworteten Freiheit, die neue Akzeptanz gewinnt. Der Staat als Ordnungskraft muss Risiken durch Haftung und Marktmacht durch funktionierenden Wettbewerb begrenzen. Wirtschaftliche Anreize für Innovation und Effizienz schonen die natürlichen Lebensgrundlagen besser als grünliche Detailvorgaben. Dem Ideal unseres Wirtschaftsbürgers entspricht der Unternehmer, der Verantwortung für den langfristigen Unternehmenswert und das Wohl von Mitarbeitern und Vertragspartnern übernimmt, aber auch der Verbraucher, der emanzipiert und bewusst konsumiert.

These 4:

Die **Freiheit der Bürger verpflichtet den Staat**. Der Staat kann aber gleichermaßen Verhinderer und Ermöglicher der Freiheit sein. Die staatliche Gewalt darf freie Entfaltung und private Initiative nicht unverhältnismäßig verdrängen. Deshalb wollen wir so wenig Staat wie möglich. Aber die freie Entfaltung darf auch nicht durch Schutz- und Chancenlosigkeit gefährdet werden. Dafür wollen wir soviel Staat wie nötig. Der gewährleistende und aktivierende Staat übernimmt dabei eine dienende Funktion für eine freie Gesellschaft. Liberale wollen nicht pauschal mehr oder weniger Staat – wir arbeiten für einen anderen, einen besseren Staat. Wir wenden uns gegen eine Politik, die im Namen der sozialen, ökologischen oder polizeilichen Sicherheit immer neue Vorschriften in ein bürokratisches Geflecht webt, bis es zu einem engmaschigen Netz der Freiheitsverkürzung wird.

These 5:

Gefälligkeitspolitik, die heute verspricht, was morgen bezahlt werden muss, hat den Staat in die Abhängigkeit von Finanzmärkten geführt und die Generationengerechtigkeit verletzt. Wir Liberale wollen den **gesunden Staat**, der auf nachhaltiges Wirtschaften verpflichtet ist. Die Politik darf nicht schneller und mehr verteilen, als die Bürger zu erwirtschaften in der Lage sind. Deshalb wollen wir den Gedanken der Schuldenbremse zur langfristigen Generationenbilanzierung ausdehnen: Neue Staatsaufgaben sollten nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung auch langfristig gesichert ist. Die Stabilisierung der Haushalte durch die Schuldenbremse ist eine verfassungsmäßige Leitplanke zum Schutz zukünftiger Steuerzahler. Aber auch für die Belastung gegenwärtiger Steuerzahler halten wir Liberale eine Leitplanke für erforderlich, wie das Bundesverfassungsgericht sie mit dem Halbteilungsgrundsatz bereits nahegelegt hat.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

These 6:

Europa steht an einer Weggabelung: mehr oder weniger Europa? Liberale wollen mehr Europa, denn das gemeinsam auf der Weltbühne auftretende Europa kann die globale Ordnung beeinflussen. Die europäische Idee ist eine liberale Idee, weil sie auf gemeinsam geteilten Freiheiten und der **Einheit in Vielfalt** basiert. Das liberale Europa darf nie ein bürokratisches Eliteprojekt werden, sondern muss von unten durch das grenzüberschreitende Miteinander der Menschen wachsen. Nicht Bürokratismus, Zentralismus oder Gemeinschaftsschulden machen Europa zum Kontinent der Lebenschancen für alle, sondern klare Regeln für dezentralen Wettbewerb und subsidiäre Selbstverantwortung. Die Integration Europas wollen wir über den Ausbau der Freiheitsordnungen Marktwirtschaft, Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie vertiefen. Das ist unsere beste Antwort auf die Globalisierung und den Aufstieg neuer Mächte.

These 7:

Demokratie ist für uns die **Selbstregierung** der an Rechten gleichen und freien Bürger. Sie muss weiterentwickelt werden, denn die Bürger werden in der Wissensgesellschaft selbstbewusster und erwarten neue Formen politischer Teilhabe. Unsere Demokratie steht vor der Herausforderung, Akzeptanz und führungsstarke Reformfähigkeit neu zu verbinden. Rechtsstaat, politische Beteiligung und wirksame Regierung brauchen heute eine neue Balance. Dafür will die FDP Parlamente stärken, aber auch mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie Erfahrung sammeln.

These 8:

Wir wollen eine **Politik der Langfristigkeit**. Nachhaltigkeit bedeutet jedoch **nicht Askese**. Wenn wir endliche Ressourcen verbrauchen, müssen wir Wissen und Technologien erarbeiten, die in Zukunft den gleichen Zweck mit anderen Mitteln erreichen. Grundsätzlich wägen Liberale die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension von Nachhaltigkeit ab. Doch es gibt bei der ökologischen Nachhaltigkeit auch absolute Belastungsgrenzen. Die **Einhaltung von ökologischen Zielen** soll möglichst freiheitlich erreicht werden. Deshalb tritt die FDP für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer **Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft** ein. Wir wollen die Innovationskraft von Marktwirtschaft und Gesellschaft in den Dienst der natürlichen Lebensgrundlagen stellen. Wenn Güter keinen Preis haben, können Märkte nicht effizient funktionieren. Ökologische Kosten werden dann zwischen Weltregionen und Generationen umverteilt. Liberale Ordnungspolitik muss daher der Nachfrage kommender Generationen, langfristigen ökologischen Risiken und unmittelbaren externen Effekten einen Preis geben. Die Schonung natürlicher Lebensgrundlagen muss so zum wirtschaftlichen Eigeninteresse werden.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

These 9:

Die Chancen auf ein Leben in Würde global und langfristig auszuweiten, ist nachhaltiger Fortschritt. Mit der Globalisierung wächst zugleich unser Bewusstsein für die Schicksale und Lebenschancen der Menschen in anderen Ländern, für die weltweiten Gefährdungen von Umwelt, Klima, Ernährung und Ressourcen, und die sich daraus ergebende Bedrohung einer menschenwürdigen Zukunft. Im Jahre 2050 sollen einmal 10 Milliarden Menschen in Freiheit, Frieden und gegenseitiger Verantwortung auf unserer Erde leben können. Das gelingt uns nur, wenn wir die konkreten Chancen auf ein Leben in Würde global und langfristig ausweiten. Dazu setzen wir auf Innovation, auf Handel und auf die Stärkung der weltweiten Zivilgesellschaft.

II. Verantwortung in Freiheit – die FDP als bürgerliche Partei

These 10:

Jeder Mensch soll die eigene Freiheit konkret fühlen und erleben können. Wir kämpfen deshalb für die Freiheit, das Leben selbst in die Hand zu nehmen. Jeder Mensch hat das Recht, hier, heute und für morgen das eigene Glück zu suchen. Jeder muss fähig sein können, selbst über Form, Inhalt und Sinn des eigenen Lebens zu entscheiden. Die eine sucht Verwirklichung im Beruf, der andere Glück in Familie und Privatleben, der dritte strebt nach Erfüllung in Kultur, Glauben oder sozialem Leben – niemand ist dem anderen Rechenschaft über seine privaten Lebensentscheidungen schuldig. **Freiheit ist das Recht, sich unterscheiden zu dürfen.** Sie spricht das Beste in uns an: Selbstverantwortung und Solidarität, Tatkraft und Toleranz, Ideen und Initiative, Großzügigkeit und guten Willen. Gesellschaftliche Vielfalt ist der Ausdruck aktiven Lebens der Einzelnen. Einigkeit in unserer Vielfalt finden wir zuerst im Wert der Freiheit.

These 11:

Uns Liberalen geht es um den **einzelnen Menschen**. Er ist nicht Objekt von Politik und Staat, sondern ihr Subjekt, Zweck und Maßstab. Liberale kämpfen daher für die Freiheit des Einzelnen zur Selbstentfaltung – und gegen Zwang, gegen die Dominanz einer herrschenden Mehrheit, gegen Bevormundung, gegen Nivellierung, gegen Anpassungsdruck und gegen wirtschaftliche Machtmonopole. Wir wollen uns deshalb nicht mit den Inhabern von Markt- oder Meinungsmacht verbünden, sondern Partei ergreifen für die Chancen von Querdenkern, Einsteigern und Machtlosen. Konservative ordnen den Einzelnen der Autorität von Staat, Stand, Kirche oder Tradition unter. Linke Politik stellt Klassen und Gruppen vor den einzelnen Menschen. Die ökologisch-egalitäre Ideologie stellt die Umwelt über den Menschen. Wo andere auf staatliche Gebote, Verbote, Anreize und

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

Lenkung setzen, um die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu formen, achten wir die **Bürgersouveränität**.

These 12:

Unser Ideal der **verantworteten Freiheit** beginnt mit Selbstverantwortung. Freiheit erfordert, für das eigene Leben Verantwortung zu übernehmen. Selbstverantwortung muss man erlernen. Dazu wollen wir durch Bildung ermutigen und ermächtigen. Aber wir muten auch jedem zu, sich von selbstverschuldeter Unmündigkeit zu emanzipieren. Wir erwarten prinzipiell die Selbstsorge jedes Einzelnen für die Absicherung des eigenen Lebens. Liberale wenden sich gegen eine Mentalität, in der Freiheit und Verantwortung delegiert werden – an Staat, Massenorganisationen oder den jeweils anderen.

These 13:

Wir wollen eine **faire Freiheit**. Fair ist die Gleichheit vor dem Gesetz, und fair sind Gesetze, wenn sie klar und einfach für alle gelten. Fair ist, dass jeder Mensch über Bildung die den eigenen Talenten angemessenen Startchancen erhält. Fair ist aber auch, einander immer wieder neue Chancen zu geben. Fairness heißt für die FDP, jeden Menschen gleichermaßen zu befähigen, sich seinen Bedürfnissen, Potentialen und Leistungen entsprechend in einer freien Gesellschaft entfalten zu können. Wir setzen dabei auf das Wettbewerbs- und Leistungsprinzip. Es verhindert, dass gesellschaftliche Positionen nach Herkunft, Gesinnung oder Geschlecht vergeben werden. Es ist die Quelle von Gelegenheiten, sozialen Aufstieg durch eigene Anstrengungen zu erreichen statt auf Privilegien hoffen zu müssen. Gerade mit Blick auf die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen und die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist dieses gesellschaftspolitische Ideal noch nicht verwirklicht. Fairness begründet aber nicht die Gleichheit der Ergebnisse, sondern die als gerecht empfundene Chance, unterschiedliche Lebensentwürfe zu verfolgen und auf eigene Weise zu persönlichem Glück, Einkommen und Eigentum zu gelangen. Legitime Verschiedenheit ist die unvermeidliche Folge unserer Freiheit, unserer persönlichen Anlagen und unserer Entscheidungen. Es ist unfair, Ungleiches gleich zu machen.

III. Chancen für morgen

These 14:

Bildung schafft Aufstiegschancen für alle. Sie wird in der offenen Gesellschaft für die eigenen Lebenschancen entscheidend. Aber unser Bildungssystem versagt immer noch dabei, angemessene Bildung und lebenslange Weiterbildung für alle möglich zu machen. Für die Bildungspartei FDP ist das ein Angriff

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

auf die Grundlagen der freien Gesellschaft. Wir Liberalen machen deshalb die Neuordnung der Bildung und ihrer Finanzierung zu unserer Priorität. Für die lebenslange Eröffnung von Bildungschancen sind aus liberaler Sicht die Unternehmen und stärker als bisher auch der Staat mitverantwortlich. Ergreifen muss sie aber jeder Bürger immer wieder selbst.

These 15:

Soziale Sicherung ist das Fundament aller Lebenschancen. Wer Armut und Ausgrenzung fürchten muss oder von den Kosten von Krankheit oder Alter gefesselt wird, ist nicht frei. Die Sicherung eines soziokulturellen Existenzminimums und die solidarische Absicherung bestimmter Lebensrisiken ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Aber soziale Sicherheit darf den Antrieb nicht beschädigen, sich selbst wieder um die Teilhabe an Arbeit und Bildung zu bemühen. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, sich in der Offenheit von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewähren. Dafür wollen wir den Wohlfahrtsstaat zu einem aktivierenden, **aufstiegsorientierten Sozialstaat** umbauen. Unser zentrales Instrument ist das liberale Bürgergeld, das individuelle Anstrengungen belohnt und Bürokratie abbaut.

These 16:

Der demografische Wandel macht Deutschland älter, bunter und städtischer. Er verändert die Grundlagen unseres Gesellschaftsvertrags, wie er in sozialen Sicherungssystemen, der Finanzierung von Infrastrukturen, und unserem gesellschaftlichen Konsens über die Rolle, Rechte und Pflichten von Bürgern zum Ausdruck kommt. Wir Liberalen wollen das Gespräch über die Erneuerung eines **zukunftssicheren Gesellschaftsvertrags** zwischen den Generationen beginnen. Die Balance von Selbstsorge und Solidarität, von Rechten und Pflichten und von Einheit und Vielfalt muss neu an den Lebenschancen der Einzelnen ausgerichtet werden.

These 17:

Es ist eine Chance für uns alle, wenn **Migranten zu Mitbürgern** werden. Wir heißen Einwanderer willkommen. Wir schauen nicht zuerst darauf, woher jemand kommt, sondern wohin er gehen will. Wir erwarten von Zuwanderern nicht mehr als von jedem anderen Bürger – aber auch nicht weniger: die Anerkennung der Rechtsordnung, die Verantwortung für die eigene Bildung, Emanzipation und den Lebensunterhalt und, als Voraussetzung dessen die Beherrschung der deutschen Sprache. Wir wollen, dass Migranten zu Mitbürgern werden, ohne dass sie ihre kulturellen Wurzeln aufgeben müssen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

These 18:

Das Fundament unserer Gesellschaft sind **Lebensgemeinschaften**, in denen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Die wichtigste und grundlegende ist die Familie. Unser Bild von Ehe, Familie und anderen Verantwortungsgemeinschaften bleibt offen. Liberale wollen allen Menschen die Freiheit eröffnen, sich für eine Familie mit Kindern entscheiden zu können. Dies darf nicht zu Nachteilen in Wirtschaft und Gesellschaft, in Lebenskrisen oder im Alter führen. Der Staat kann Familien als Institution nicht ersetzen, aber er kann gegenüber den Anforderungen der Arbeitswelt einen geschützten Raum sichern und die Entscheidung für eine Familie durch familienfreundliche Infrastruktur erleichtern. Ein mittelbarer oder unmittelbarer staatlicher Eingriff in die konkret gelebte Partnerschaft und ihre Aufgabenteilung lehnen Liberale aber ab. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der eigenen Verantwortungsgemeinschaft Familie ist Privatsache.

These 19:

Im Miteinander freier Bürger entsteht die Bürgergesellschaft. Sie ist geprägt von der **Selbstorganisation** von Bürgern in Vereinen, im Sport, Bürgerinitiativen, Unternehmen, Gewerkschaften, Parteien, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, Stiftungen und anderen Formen des Miteinanders. Die Bürgergesellschaft lebt vom millionenfachen Einsatz ehrenamtlich und karitativ tätiger Menschen, ohne den unser Land ärmer und kälter würde. Das private Engagement und die Kraft der Gesellschaft werden in Deutschland im Unterschied zu anderen Gesellschaften systematisch unterschätzt, bürokratisiert und damit im Ergebnis marginalisiert. Die Freien Demokraten wollen privates Engagement und die Selbstorganisation der Bürger dagegen nicht durch den Staat behindern oder verdrängen, sondern fördern und wertschätzen: Wo es private Initiativen aus der Mitte der Gesellschaft gibt, räumen wir diesen Vorrang vor dem Staat ein. Wo es sie (noch) nicht gibt, fördern wir ihr Entstehen.

These 20:

Wir wollen die **Chancen der digitalen Gesellschaft** nutzen. Die zunehmende Digitalisierung macht ferne Kontakte, Ereignisse und Informationen gegenwärtiger und unmittelbarer und schafft neue Räume für Kreativität, Kritik und Kooperation. Die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit verschwimmen. Technologischer Fortschritt macht uns abhängiger vom Zugang zur digitalen Welt und ihrer Entwicklung. Chancen entstehen, wo auch in der digitalen Welt Bürgerrechte, Zugang zu Informationen, Privatheit und geistiges Eigentum geschützt werden.

